

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 19 – Ausreichende Ausstattung für die neuen Schulen

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503

Fax: 0431 / 988-1501

Mobil: 0172 / 541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 189.08 / 28.5.2008

Die neuen Schulen brauchen mehr Lehrkräfte und andere Räume

29 Regionalschulen und 45 Gemeinschaftsschulen sollen nach dem Sommer neu starten. Über 6.000 SchülerInnen haben sich auf diesen Schulen angemeldet. Aber bis heute ist es dem Ministerium nicht gelungen, ausreichende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Seit der Einführung der Kurzschuljahre vor vierzig Jahren hat es eine solche Umstellung, wie sie ab August in Schleswig Holstein geschieht, nicht gegeben: 74 neue Schulen, die bereits genehmigt sind, beginnen mit den 5. Klassen überall im Land parallel zum Betrieb der auslaufenden Haupt- und Realschulen. Die Landesregierung trägt diesem „Jahrhundertereignis“ keineswegs Rechnung.

Weniger LehrerInnen als in anderen Schulen, unklare Zuständigkeiten, keine ausreichende Lehrerweiterbildung und keine geeigneten Räume sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel an den neuen Schulen.

Offensichtlich blockieren mittlerweile das Gerangel der Koalitionspartner und die Unentschlossenheit der Ministerin die nötigen Vorbereitungen. Das Ergebnis ist, dass die neuen Schulen ohne ausreichende Ressourcen und ohne ausreichende Vorbereitung in ein Abenteuer starten müssen. Deswegen bringen wir einen Antrag in den Landtag ein, der die Landesregierung auffordert, unverzüglich die nötigen Voraussetzungen für einen Erfolg der neuen Schulen zu schaffen.

Wir konnten aus den Daten, die in der Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP zur Lehrerplanstellenzuweisung standen, errechnen, dass an Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen LehrerInnen im Durchschnitt mehr SchülerInnen unterrichtet werden müssen, als in Gymnasien und erst Recht in den bestehenden Gesamtschulen.

1/2

Eine Schule, die sehr heterogene Gruppen und einen verbindlichen Ganztagsrhythmus hat, braucht mehr LehrerInnen, das hatte man bei der Gesamtschule berücksichtigt und die Ausstattung mit Lehrkräften so gestaltet, dass auf eine Vollzeitstelle 15,6 SchülerInnen kamen, wogegen die Grund-, Haupt- und Realschulen etwa bei 20 lagen. Nun sollen die Gemeinschaftsschulen auf diesem Niveau, bei 20,1 ausgestattet werden. Die Gymnasien haben immerhin eine bessere Quote mit 18,6 Schülern pro Lehrerstelle.

Als Sofortmaßnahme fordern wir deshalb 50 zusätzliche Stellen für die neuen Schulen ab August. Diese zusätzlichen LehrerInnen würden ausreichen, um in den neuen 5. Klassen der Regional- und Gemeinschaftsschulen das Schüler-Lehrer-Verhältnis auf das Niveau der Gymnasien zu heben und um zusätzlich drei Stunden für eine intensivere Betreuung bereitzustellen.

Der Vorschlag der FDP, die aktuellen Probleme mit Hilfe des demografischen Faktors zu lösen, ist dazu nicht geeignet. Denn im kommenden Jahr steigt die Zahl der SchülerInnen noch an und es werden deshalb kurzfristig dringend zusätzliche LehrerInnen benötigt. Mittelfristig. D.h. erst nach den sechs Jahren Aufbauzeit der neuen Schulen wird die demografische Entwicklung zu erheblich weniger Kindern in der Sekundarstufe I und II führen.

Darüber hinaus brauchen wir jetzt ein neues Planstellenzuweisungsverfahren, das eine gerechte Stellenverteilung an den unterschiedlichen Schularten schafft. Für Gemeinschafts- und Regionalschulen gibt es dies noch nicht.

Es muss zudem sichergestellt werden, dass alle LehrerInnen, die in den neuen Schulen in der Klasse 5 unterrichten, jeweils vorher eine Weiterbildung erhalten. Diese Weiterbildung muss Themen wie Binnendifferenzierung, jahrgangsübergreifendes Lernen, Methoden des Lernbüros, der Projektarbeit und der Lernwerkstatt usw. umfassen. Es sollte darüber hinaus Freistellungen für LehrerInnen geben, die in Reformschulen in Schleswig-Holstein oder in anderen Bundesländern hospitieren.

Viele Schulklassenräume sind nicht für Projektgruppenunterricht geeignet. Oft sind zunächst erstmal kleine Umbauten erforderlich, um den Anforderungen der Gemeinschaftsschule oder der Regionalschule gerecht zu werden. Dazu kommt mittelfristig für alle Schulen der Schritt hin von der offenen zur gebundenen Ganztagsschule. Dazu benötigen die Schulen neben den Unterrichtsräumen auch eine Kantine und Gruppenräume für unterschiedliche Unterrichtsformen und Freizeitangebote.

Wenn wir die SchülerInnen individuell fördern und jedem Kind eine Chance geben wollen, dann erhält die Überleitung von der Halbtags- zur Ganztagsschule eine große Bedeutung. Dazu muss an den offenen Ganztagsschulen sichergestellt werden, dass die Angebote im Allgemeinen kostenlos sind, damit nicht gerade die besonders bedürftigen Kinder abgemeldet werden. Mittelfristig muss an allen Schulen die Überleitung zur gebundenen Ganztagsschule erfolgen.

Bei der Mittelzuweisung müssen Schulen in sozialen Brennpunkten oder Schulen, die überproportional viele SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf haben, in besonderer Weise bei der Mittel- und Stellenzuweisung berücksichtigt werden. Nur so ist eine Chancengleichheit zwischen Gemeinschaftsschulen und Gymnasien herzustellen.